

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/113

19. Juni 1975

Mehr Stabilität in Mitteleuropa

Die Bedeutung der KSZE für die Außenpolitik der Bundesrepublik

Von Kurt Mattick MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises für Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 und 2 / 77 Zeilen

Wirksamerer Schutz des Lebens

Reform des § 218 kann bald erfolgen

Von Hermann Dürr MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 bis 5 / 100 Zeilen

Empörung darf nicht einseitig bleiben

Anmerkungen zum Echo auf die Telefonaffäre

Seite 6 / 34 Zeilen

Der Auslandskommentar des SPD-Pressedienstes

Portugiesische Notizen

Von Wilhelm Dröcher MdL

Mitglied des Präsidiums der SPD und Vorsitzender des Bundes der sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft

Seite 7 bis 11 / 169 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heuserallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 02 80 37 - 38
Telex: 08 99 846 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Mehr Stabilität in Mitteleuropa

Die Bedeutung der KSZE für die Außenpolitik der Bundesrepublik

Von Kurt Mattick MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises für Außen- und Sicherheitspolitik
der SPD-Bundestagsfraktion

Vielleicht noch in diesem Sommer, zu Ende Juli, oder im Frühherbst wird die zweite Phase der Konferenz für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) zu Ende gehen. 35 Staaten werden dann eine Willenserklärung unterschreiben, deren Ziel es ist, die zwischenstaatlichen Beziehungen in ganz Europa, in Ost und West, zwischen Neutralen und Mitgliedern von Bündnisystemen sowie großen und kleinen Staaten zu verbessern.

Das Ergebnis der Genfer Verhandlungen ist das Werk von Verhandlungsdelegationen unterschiedlicher, ja gegensätzlicher politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und ideologischer Systeme, und doch sind in Genf gemeinsame Positionen und Grundlagen gefunden worden, die Anlaß zur Hoffnung für stabilere politische Verhältnisse in Europa geben, als das bisher der Fall war. Es wird sich nichts am territorialen Besitzstand, aber auch nichts am Zustand politischer Einflußmöglichkeiten verändern. Dies ist weder ein völkerrechtlicher Vertrag noch sind seine Positionen einklagbar. Der Geist von Genf soll alle Partner gleichermaßen verpflichten, einbinden und ihnen Möglichkeiten der Kooperation geben. Was sich ändern soll, ist die Vertrauensgrundlage zwischen Ost und West, und zwar zum Positiven.

Dies ist angesichts des Zustandes in Europa schon viel. Die Opposition versucht jedoch, der Öffentlichkeit einzureden, daß diese Konferenz weder sinnvoll noch nützlich sei. Es ist zu erwarten, daß dieselbe Gruppierung, die schon das Zustandekommen der KSZE zu verhindern versucht hatte, sich nach Beendigung der Konferenz daranmachen wird, überhöhte Erwartungen und Forderungen zu stellen, um dazutun, daß die Konferenz ihre Erwartungen nicht erfüllt hat. Hier wird sich also jener Prozeß wiederholen, den wir schon einmal bei der Ostpolitik erlebt haben. Erst werden die Verhandlungen

insgesamt in Frage gestellt und zu verhindern versucht, und dann, wenn ein Ergebnis vorliegt, werden Erwartungen so hoch geschraubt, daß die Realitäten Europas, auch wenn sie bessere sind als jemals zuvor, dem nicht entsprechen können. Es ist uns nicht gelungen, das Berlin-Abkommen und den Grundlagenvertrag in ihren Ausmaßen, Auswirkungen und Grenzen in der Öffentlichkeit richtig zu interpretieren und verständlich zu machen.

Die Doppelstrategie der Opposition, erst totale Negation und dann überhöhte Erwartungen, überspielte z.T. unser Bemühen für ein differenziertes Verständnis der Ost-West-Verhandlungsprozesse. Wir haben unsere Antworten häufig in Stein hauen müssen, um uns der Destruktion zu entziehen. Wir gerieten besonders in Berlin oft in die Defensive, weil die Opposition aufgrund falscher Erwartungen mit jedem östlichen Vorstoß, ob vermeintlich, real oder auf einen westlichen Vorstoß reagierend, die Vertrags- und Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition generell in Frage gestellt hat, ohne daß wir die notwendige publizistische Unterstützung fanden, dem ausreichend verständlich entgegenzutreten.

Die DDR konnte so durch Maßnahmen, die unter normalen Verhältnissen von geringem Rang wären, durch die negative Aufgeregtheit der Opposition in unserem innenpolitischen Gefüge Spannungen erzeugen, die für uns gefährlich werden könnten. Unsere Hauptaufgabe wird es sein, einen ähnlich destruktiven Prozeß bei der KSZE zu verhindern. Es wird sich erweisen, daß die CDU in ihrer sterilen Opposition gegen die KSZE sich hoffnungslos isoliert. Das, was 35 Staaten Europas und des amerikanischen Kontinents - der Vatikan, die USA und zahlreiche Regierungen und Parteien, deren Freundschaft sich die CDU rühmt, eingeschlossen - in Genf verabschiedet werden, darf nicht der destruktiven Abnutzung preisgegeben werden.

Wir müssen wissen, daß die Prinzipien und Erklärungen, die in Genf verabschiedet werden, die rauhe Wirklichkeit nur in dem Maße verbessern können, wie die Zusammenarbeit auf ihrer Grundlage vertrauensvoll gestaltet werden kann. Es geht nicht um Systemveränderung, schon gar nicht um einseitige Systemveränderung in der einen oder anderen Richtung. Wir wollen die praktischen Instrumente der Zusammenarbeit, über die in Genf gerade wegen der zahlreichen und teilweise großen Unterschiede so mühselig verhandelt wurde, voll ausschöpfen, aber wir können dabei keine Kreuzzugsgedanken hegen. Dies wäre das Ende eines Prozesses, der erst mit den Ergebnissen der Genfer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit beginnen soll.

Politisch, wirtschaftlich, kulturell und auch im humanitären Sinne hat die Bundesrepublik ein starkes Interesse daran, den Prozeß sorgsam abzustützen, mit dem ihre außenpolitische Rolle in Europa zweifellos wachsen wird, und zwar im Interesse der Stabilität der Verhältnisse in Mitteleuropa. Geographisch und politisch liegt Deutschland im Kern der europäischen Spannungen. Aufgespalten in zwei Staaten mit einer zweckentfremdeten ehemaligen Hauptstadt und zwei sich diametral, entgegenstehenden Gesellschaftsordnungen, muß es unser Interesse sein, alle Wege zu nutzen, die dem friedlichen Nebeneinander dienen können.
(-/19.6.1975/ka/pr)

+ + +

Wirksamerer Schutz des Lebens

Reform des § 218 kann bald erfolgen

Von Hermann Dürr MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion

Die Einigung der Koalitionsfraktionen auf die erneute Gesetzesinitiative gewährleistet den baldmöglichen Abschluß einer rechtspolitischen Reformaufgabe, die die Bürger, namentlich die Frauen, seit Jahren in ganz außerordentlichem Maße bewegt hat. Die Reformbestrebungen bekamen ihren entscheidenden Impuls durch den Beschluß des Außerordentlichen SPD-Parteitagess 1971 in Bonn zur Reform des § 218 des Strafgesetzbuches. Damals wurde gefordert, daß die den Schwangerschaftsabbruch betreffenden Straftatbestände auf der Grundlage des sogenannten Fristenregelungsmodells reformiert werden sollten. Die Zielrichtung, die ihre Gültigkeit unverändert behalten hat, war: Sofortige Senkung der Zahl krimineller Schwangerschaftsabbrüche; eine strafrechtliche Regelung, die der Frau den Weg zur Beratung erleichtert; Schaffung von Lebensverhältnissen, die unerwünschte Schwangerschaften verhindern helfen. Dazu ist ein sozialpolitisches Rahmenwerk erforderlich, bei dem die Änderung des Strafrechts lediglich ein - allerdings unverzichtbares - Teilstück ist.

Wer das Ziel verfolgt, die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche einzudämmen, muß sich darüber klar sein, daß dies durch die Änderung strafrechtlicher Bestimmungen nur in einem begrenzten Umfange möglich ist. Zunächst geht es darum, dafür zu sorgen, daß sich die Frage "Schwangerschaftsabbruch oder nicht?" in möglichst wenigen Fällen stellt. Hier liegt eine große Aufgabe für die Gesundheits- und Sozialpolitik. Information über Familienplanung und Empfängnisverhütung sowie Einrichtung von Beratungsstellen erfüllen einen Teil dieser Aufgabe. Einen weiteren Schritt hat die Bundestags-Mehrheit mit der wiederholten Zustimmung zu dem vom Bundesrat gebremsten Strafrechtsreform-Ergänzungsgesetz getan. Durch dieses Gesetz soll den Frauen ein Anspruch auf ärztliche Beratung über Familienplanung

und Empfängnisverhütung sowie die Verschreibung empfängnisverhütender Mittel gewährt werden, ohne daß ihnen Kosten entstehen. Zu den Vorschriften in diesem Bereich, die Leben zu schützen in der Lage sind, gehören auch die dem Bundestag vorliegenden Reformgesetze über das Recht der Adoption und die Adoptionsvermittlung.

Andere sozialpolitische Reformen, wie der Anspruch auf Kostenübernahme für eine Haushaltshilfe in bestimmten Fällen, haben schon Gesetzeskraft. Dazu gehören auch die Freistellung von der Krankenpflege, Hilfen für das behinderte Kind, Familienlastenausgleich und ein familiengerechter Wohnungsbau, Lebensschutz durch sachkundige Informationen und kostenlose Beratung. Dieses Angebot wird auch in den Grundsätzen der Koalitionsfraktionen zur Reform des § 218 deutlich sichtbar. FDP und SPD waren sich darüber einig, daß die Zahl der illegalen Schwangerschaftsabbrüche nur vermindert werden kann, wenn es gelingt, die betroffenen Frauen aus der Situation der Isolierung, die leicht in Panik umschlägt, herauszuholen. Es ist eine Binsenwahrheit: Alle illegalen Abbrüche erfolgen ohne Beratung. Im allgemeinen wird nur der Vater des zu erwartenden Kindes und - beiläufig nicht in allen Fällen - die Familie ins Vertrauen gezogen.

Was kann getan werden, um Frauen im Fall einer unerwünschten Schwangerschaft einer Beratung zuzuführen? Erste Voraussetzung ist, daß sich die Frauen auf die Verschwiegenheit des Beraters oder der Beratungsstelle verlassen dürfen. Diese Verschwiegenheitspflicht ist bereits mit dem Einführungsgesetz im Strafbgesetzbuch und im 5. Strafrechtsreformgesetz strafrechtlich gesichert worden. Der Zugang zur Beratungsstelle wird den Frauen umso mehr erleichtert, je größer die Gewißheit ist, daß sie mit dem Gang zur Beratung kein strafrechtliches Risiko eingehen. Eine weitere psychologische Hemmung, sich beraten zu lassen, wird auch dadurch ausgeschaltet, daß die Schwangere nicht an eine für ihren Wohnort zuständige Beratungsinstitution gebunden wird. Das dürfte besonders in ländlichen Gebieten Erfolg versprechen, wo viele meinen, im Dorfe bleibe bestimmt nichts geheim und jeder wisse alles über jeden.

Auch der in den Vorschlägen von SPD und FDP erkennbare Versuch, eine möglichst einheitliche Handhabung der Bestimmungen im gesamten Bundesgebiet

zu erreichen, dient der Verminderung illegaler Schwangerschaftsabbrüche. Erfahrungsgemäß lassen nämlich viele Frauen einen illegalen Abbruch vornehmen, wenn sie glauben, nach den besonderen Verhältnissen in ihrer Wohngegend sei eine auf dem gesetzlichen Weg vorgetragene Bitte um Vornahme eines Schwangerschaftsabbruches von vornherein aussichtslos.

Eine strafrechtliche Vorschrift über Indikationen wendet sich nicht nur an die Justiz. Sie sollte darum so gefaßt sein, daß sie auch von den betroffenen Frauen und den mit dem Problem befaßten Ärzten verstanden und angenommen wird. Deshalb greift der Entwurf auf eine Definition der Indikationen zurück, die auf dem Deutschen Ärztetag auf weitestgehende Zustimmung der Ärzteschaft gestossen sind. Er bindet die kindliche und kriminologische so in die medizinische Indikation ein, daß mit aller Deutlichkeit auf die gesundheitlichen Folgen abgehoben wird, die das Bewußtsein der schwerwiegenden Schädigung des zu erwartenden Kindes oder die Tatsache der Vergewaltigung bei den betroffenen Frauen hervorruft. Auch die Notlagenindikation wird in Beziehung zum Gesundheitszustand der Schwangeren gesetzt. Das ist richtig, weil es sich bei diesen Notlagen beileibe nicht nur um materielle Probleme handelt, wie der häufig gebrauchte Ausdruck "soziale Indikation" anzudeuten scheint. Gerade auch in diesem Punkt wird der Rahmen, den das Urteil des Bundesverfassungsgerichts gesetzt hat, voll ausgeschöpft und die vorläufig in Kraft gesetzte Regelung des Bundesverfassungsgerichts in ihrer Wirkung erheblich ausgebaut.

Je mehr Vertrauen zwischen den Beratern und der Schwangeren besteht, umso eher kann einvernehmlich ein Weg gefunden werden, der den Schwangerschaftsabbruch vermeidet. Um dies zu erreichen, wählen die Vorschläge der Koalitionsparteien kein amtlich eingesetztes, für den Wohnbezirk der Schwangeren zuständiges Gutachtergremium. Der Arzt des Vertrauens, der auch in der Lage ist, die Schwangere über die zur Verfügung stehenden öffentlichen und privaten Hilfen zu beraten, hat die bestmögliche Chance, Frauen in vielen Fällen davon zu überzeugen, daß der Schwangerschaftsabbruch nicht der einzige Ausweg aus der gegebenen Konfliktsituation ist.

Der weitgehend ausgereifte Entwurf kann, wenn er von den Koalitionfraktionen eingebracht sein wird, schnell beraten und verabschiedet werden. Damit wird Klarheit herrschen, und nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aufgekommene Unsicherheit über den Rechtszustand wird beendet sein. Es ist darum sehr zu wünschen, daß die Oppositionsfraktion nicht der Versuchung erliegt, aus parteitaktischen Gründen berechnete Forderungen der Frauen noch einmal durch ihr Verhalten ungerechtfertigt lange unerfüllt zu lassen. Die Frage der Reform des § 218 des Strafgesetzbuches ist kein Feld mehr für durch Tagesfragen diktierte Auseinandersetzungen.

(-/19.6.1975/ks/pr)

+ + +

Empörung darf nicht einseitig bleiben

Anmerkungen zum Echo auf die Telefonaffäre

Die Empörung über den Bruch des grundgesetzlich geschützten Telefongheimnisses und die - Komplott oder nicht - Auswertung des abgehörten Telefongesprächs zwischen dem CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl und seinem Generalsekretär Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf ist, wie man den vielfältigen Äußerungen und Erklärungen entnehmen kann, die übereinstimmende Reaktion aller politischen Lager: von der Opposition bis zur Koalition und der Bundesregierung. Die Empörung ist verständlich, denn die unheimliche Vorstellung, daß der Artikel 10 des Grundgesetzes mit der Postulierung der Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses sowie des Post- und Fernmeldegeheimnisses ganz offensichtlich bedenkenlos gebrochen werden kann, ohne daß es möglich zu sein scheint, den Grundgesetzverletzer zu eruiieren und seiner Strafe zuzuführen, ist geeignet, das sowieso schon strapazierte Gefühl der Verunsicherung der inneren Sicherheit bis zu einem gefährlichen Punkt zu belasten.

Der Beobachter dieser aufregenden und aufgeregten Szene kann aber nicht umhin, sich ernsthaft zu fragen, wo denn diese Empörung bei manchen Medien, Personen und Gruppen geblieben war, als es nicht um Politiker der Opposition wie beispielsweise Kohl und Biedenkopf ging, sondern um Politiker und Persönlichkeiten aus dem sozialliberalen Lager, insbesondere aber aus dem sozialdemokratischen Bereich hemmungslosen Kampagnen ausgesetzt waren, deren Quellen nicht weniger bedenklich gewesen waren als dies im aktuellen Bezug der Fall ist. Wenn jetzt aus dem Unions-Lager und von ihnen nehestehenden Medien, Personen und Gruppierungen aus einem schier unerschöpflichen Reservoir an Empörungsaufschreien geschöpft wird: Gut, aber wo war diese breite Skala des Protestvokabulars, als Spitzenpersönlichkeiten der SPD von Medien, die der Opposition nehestehen, ohne jede Rücksichtnahme mit Bezug auf Material aus Quellen "in die Pfanne gehauen" wurden, deren Anzapfung mindestens so anzüchig, wenn nicht noch schädlicher gewesen war?

Diese fragende Feststellung ist natürlich nicht als Geschönigung des Skandals um das Kohl-Biedenkopf-Telefonat zu bewerten; das wurde schon eingangs deutlich genug gesagt. Aber wenn man aber dort, wo man sich angesprochen fühlen muß, diese berechnete Empörungsbereitschaft künftig in allen einschlägigen Fällen mobilisieren will und wird, denn ist zur Stärkung der inneren Sicherheit in unserem Staat und des inneren Vertrauens in der Bevölkerung schon viel geschehen.

(ee/19.6.1975/ks/ee)

+ + +

Der Auslandskommentar des SPD-Pressedienstes

Portugiesische Notizen

Von Wilhelm Dröschner MdL

Mitglied des Präsidiums der SPD und Vorsitzender des Bundes der sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft

Vom 8. bis 10. Juni weilten führende europäische Sozialdemokraten, unter ihnen Wilhelm Dröschner und der Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments, Ludwig Fellermeier, auf Einladung der Sozialistischen Parteien Portugals in dem iberischen Land, das zurzeit im Mittelpunkt des europäischen Interesses und besonders auch der NATO-Partner, aber auch der Kommunisten in aller Welt steht, die die Versuche der Portugal-KP, aus der Minderheiten-Position an die Macht zu gelangen, nicht nur mit Sympathie verfolgen. Wilhelm Dröschner stellte uns folgende Tagebuch-Notizen zur Verfügung, die angesichts der dramatischen Entwicklung in Portugal von besonderem Interesse sind:

Sonntag, 8. Juni 1975/ Im Hotelzimmer

Erste Informationsgespräche. Ich höre, daß die Entwicklung der Dinge sehr skeptisch betrachtet wird, daß infolge der wirtschaftlichen Entwicklung es innerhalb der nächsten Monate zum "Offenbarungseid" kommen kann und ein wirtschaftlicher Zusammenbruch mit noch unklaren politischen Folgen denkbar ist, wenn Europa nicht hilft. Aber deshalb sind wir ja hier. Mein Gesprächspartner berichtet nicht nur über die Haltung im Fall "Republica" und die konsequente Haltung "unserer" PSP gegen die kommunistische Position, er meditiert auch über die Möglichkeit einer eigenen Druckerei, die einerseits Einnahmen für die Partei, andererseits aber auch die drucktechnische Unabhängigkeit sichern könnte. Klare Vorstellungen, wie das zu schaffen sein könnte, haben die Freunde noch nicht. In diesem Zusammenhang höre ich von Gerüchten über eine Großdruckerei, die angeblich für die Kommunisten errichtet werde. Zunächst habe man geglaubt, sie sei von der DDR finanziert worden. Neuere Informationen deuten darauf hin, daß sie von westlicher Seite - vermittelt durch einen schweizerischen Bankier - gebaut wurde.

9. Juni/ Im Fischerdorf Cas Cas

Von 21.30 Uhr bis 24 Uhr sprechen wir in Cas Cas auf Einladung von PSP-Schatzmeister Carvalho mit Prof. Dr. Jorge Campinho, Staatssekretär im Außenministerium. Er ist ein interessanter Anfang-Dreißiger, der im Exil in Frankreich war. Die Freunde legen dar, daß die Regierung nur eine Art Exekutivorgan ist. Die tatsächliche Macht liegt bei den Militärs; die innere Situation ist bei diesen unübersichtlich. Offensichtlich gebe es (noch) keine kommunistische Mehrheit. Die Grundeinstellung der Militärs: "Tendenziell links und progressivistisch". Die Sozialistische Partei (PSP) ist dabei, für weite Teile der antikommunistischen Kräfte ein Sammelbecken zu

werden, und wird offenbar auch von Leuten gewählt, die nicht unbedingt sozialistisch eingestellt sind, aber sich durch die Stärkung der demokratischen Sozialisten eine Chance versprechen, eine kommunistische Diktatur zu verhindern.

Unsere Gesprächspartner von der PSP sind stolz darauf, daß sie selbst in "kommunistischen" Gemeinden bei den Wahlen sehr gut abgeschnitten haben. In ausgesprochen kommunistischen Quartieren habe man sich die Abgeordnetensitze geteilt, in Gebieten mit jüngeren Arbeitern sei die PSP klar in Führung. In bürgerlichen Bereichen (Estoril), aber auch in dem Fischerdorf Das Cais, gab es eindeutige PSP-Mehrheiten. Die ganze politische Lage gleicht einem dynamischen Prozeß, in dem es täglich und manchmal stündlich auf das "Flegge-zeigen" und das "Position-halten" ankommt. Ich notiere: "Die Entwicklung zur pluralen Demokratie ist noch nicht verloren, aber die Position der Kommunisten ist, weil sie das gewerkschaftliche Netz und auch eine Reihe der Bürgerkomitees in den Gemeinden in Händen haben, sehr stark." Die Militärs mißtrauen den Parteien (wahrscheinlich, mit wenigen Ausnahmen, auch den Kommunisten) und versuchen, an den Parteien vorbei mit ihren noch nebulösen Vorstellungen einer "direkten Demokratie". (Von einem "spezifisch portugiesischen Räteystem" ist später die Rede.)

Vor der Abfahrt nach Lissabon besuchen wir nach Mitternacht noch das lokale Parteibüro. Etwa zehn junge Leute sind dabei, Organisationsrichtlinien und politisches Material mit großer Begeisterung herzustellen. Da der Besuch völlig unvorbereitet war, liegt auf der Hand, daß die Woge der Begeisterung und des persönlichen Engagements keineswegs abgeebbt ist.

9. Juni 1975/ Besuch beim Informationsminister, Admiral Rosa Coutinho

Der "rote Admiral", dem kahlköpfigen US-Filmstar Yul Brynner ähnlich, stellt sich uns allein. Informanten meinen, daß er sich als Gegenspieler zu Goncalves aufbaue und sich des Apparats bemächtige. Er ist Berufssoldat und war bei Ausbruch der Revolution noch Fregattenkapitän. Dem faschistischen Regime stand er gegenüber. Wir sprachen mit ihm fast 90 Minuten. Ausgangspunkt ist für uns ein Interview des KP-Vorsitzenden Alvaro Cunhal, wonach für Portugal entweder nur eine bürgerliche, dann aber reaktionäre Regierung, oder eine fortschrittliche und dann eindeutig sozialistisch-kommunistische Regierung möglich sei. Der Admiral räumt ein, daß man auf dem Wege zu einer sozialistischen Gesellschaft sei, die aber pluralistisch sein solle. Die Mehrheit der Produktionsmittel müsse "kollektiviert" werden. Es gelte die verschiedenen Möglichkeiten der Selbstbestimmung, der Mitbestimmung und der genossenschaftlichen Zusammenarbeit auszunutzen. Das Ziel: eine freiheitliche sozialistische Demokratie.

Befragt nach dem Cunhal-Interview sagt er: "Dies ist die Meinung des Vorsitzenden der kommunistischen Partei, nicht die der Regierung." Coutinho eingemäß weiter: Für Portugals Militär bleibt entscheidend, daß man einen Pakt mit den Parteien über eine mittelfristige Entwicklung über drei bis fünf Jahre unterschrieben hat. Dieser Pakt werde eingehalten. (Dieser Pakt spielte übrigens in allen Gesprächen mit den Militärs eine hervorragende

Rolle. Sie sehen offenbar darin eine Art "Versicherung auf Demokratie".)

Wir machen sehr deutlich, daß die Hilfe der sozialistischen Parteien in der Gemeinschaft und damit auch der politische Einfluß, Portugal zu helfen, nur wirksam werden könnten, wenn Vertrauen in die demokratische Entwicklung gegeben sei. Der Admiral stellte nochmals klar, daß die kollegiale kollektive Führung keine Militärdiktatur sei, Militärdiktatur sei eine Sache, "die immer nach rechts" gehe. Die Männer in Portugal aber seien "hommes des gauche", Linke also. Er räumt ein, daß es eine ganze Menge Übergriffe gebe, auch was Verhaftungen und Sequester angehe. Arbeiter hätten Leute ins Gefängnis gesteckt: Zugegebenerweise ungesetzlich. Aber das seien Begleiterscheinungen einer Revolution, die wieder in Ordnung gebracht worden seien. Für die Streitkräfte gelte der Grundsatz, daß gegen die Arbeiter keine Waffen erhoben würden, weil sonst die Allianz zerstört würde, die die Grundlage der Revolution sei. Niemals würde die Armee Repressalien gegen das Volk ergreifen. Daher nehme man Dinge hin, die eigentlich nicht passieren dürften, solange sie nicht unerträglich seien. Diese Bemerkungen halte ich für einen Schlüsselpunkt. Ich messe ihr mehr als verbalen Wert bei. Sie ist offenbar Ausdruck einer gewissen idealistischen Haltung.

9. Juni 1975/ 15 Uhr/ Zusammentreffen mit den Sprechern des Revolutionsrates, Vasco Lorenzo und Capitano Cunhal

Wir sprechen im militärischen Zentrum für Soziologie, einer Art Fortbildungsstätte für Militärs, dem "Zentrum der Dynamisation". Es wird deutlich, daß die Militärs kein Modell, sondern nur sehr allgemeine Vorstellungen über die Entwicklung ihres spezifischen "Räte-systems" haben. Der Vertrag mit den Parteien, gewissermaßen die "entlastende" Urkunde, spielt eine große Rolle. Auch hier wird zu der Aussage des KP-Chefs Cunhal gesagt, das sei nichts, was die Regierung oder den Revolutionsrat binde. Wie auch beim "roten Admiral" wird dargestellt, daß zwischen sozialdemokratischen Lösungen (die vergiftenden Darstellungen aus der DDR und aus der KP scheinen Wirkung gehabt zu haben) und dem, was an Sozialismus in den Ländern des Ostblocks praktiziert werde, ein dritter Weg, der eben typische portugiesische Weg, gesucht werden müßte. Für Portugal erscheine ein System wie in der Bundesrepublik Deutschland, so wörtlich, "nicht möglich"; aber auch das, was die Kommunisten in der DDR machen, sei nicht anwendbar.

Wichtig erscheint uns diese Information: Ein "Gesetz über Fremdinvestitionen" wird vorbereitet. Es soll unmittelbar vor der Verkündung stehen und für ausländische Investoren Garantien bringen, allerdings Garantien ohne politischen Preis. Man sieht ein, daß man auf ausländische Investitionen vergeblich wartet, wenn keine Garantien gegeben werden.

9. Juni 1975/ Gespräch mit Mario Soares und weiteren Freunden der PSP

Als wichtiges Indiz für das Verhalten der Kommunisten zeigen uns Freunde ein Schriftstück der Militäre aus der kulturellen "Dynamisation", aus dem die Diffamierung des demokratischen Sozialismus hervorgeht. Er sei ein "Bourgeois-Sozialismus", der zur Tarnung der Ausbeutung mißbraucht werde. Den wirklichen Sozialismus gäbe es nur in den Volkedemokratien. Dort sei er nicht nur Fassade.

Mario Soares: Die Kommunisten wollen die Diktatur, darauf arbeiten sie mit ihren Bemühungen um die Kontrolle der Gewerkschaften und des Apparates und durch eine Infiltration in allen wichtigen Positionen hin. Es sei Cunhals Traum, ein "westeuropäischer Lenin" zu werden. Ich notiere: Die Sozialisten führen in Portugal einen Kampf wie die CSSR-Sozialisten während des "Prager Frühlings". Der ganz wichtige Unterschied freilich: Es gibt keine sowjetischen Bejonette in Portugal! Auch die Mehrheit der Offiziere ist nicht kommunistisch. Gefährlich erscheint unseren Freunden die Entwicklung der Bewaffnung von Volksmiliz und die zunehmende Demoralisierung der Soldaten. Für unsere Freunde stellt sich immer wieder die Frage, wie lange sie in der Regierung bleiben können, wo sie zwar Verantwortung zu tragen hätten, andererseits aber wenig tun könnten. Zusätzliche Schwierigkeiten entstehen offenbar durch die Probleme in Angola. Es ist eine Luftbrücke für die Rückwanderung eingerichtet. Bei 200.000 Arbeitslosen im Lande stehen dadurch neue zusätzliche Probleme an. Die Wirtschaftslage ist katastrophal. Man importiert viel zu wenig. 20.000 bis 25.000 Leute der technischen Kader sind ausgewandert. Auch von den Ostblockländern ist wenig Hilfe zu erwarten. Es besteht offenbar die Gefahr, daß eine ökonomische Katastrophe heranreift, aber unklar sei, wohin die Dinge treiben.

Die PSP-Führung ist sich auch der Tatsache bewußt, daß zu den Mitgliedern und Wählern und zu den ständig neu hinzukommenden Sympathisanten viel politische Wunschvorstellungen in die PSP hineingetragen werden, denen nur sehr schwer begegnet werden kann.

9. Juni 1975/ 16.30 Uhr/ Residenz von Ministerpräsident Vasco
Concalves

Concalves hält uns einen fast dreiviertelstündigen Vortrag über Portugals Geschichte der letzten 150 Jahre und insbesondere über die Gründe, die seiner Meinung nach zur Revolution führen mußten.

Zur Agrarreform: Bewässerte Flächen über 50 ha werden enteignet, unbewässerte erst über 500 ha! Es werde wesentlich mehr eingepflanzt als früher. Aber etwa die Hälfte seines Nahrungsmittelverbrauchs müsse das Agrarland Portugal einführen! Die Verstaatlichung der Banken und der Großindustrie war (nach Concalves) eine Art "Notwehr", um - weil der Staat infolge der Riesenpleiten überall habe eingreifen müssen - besser helfen zu können. Die Darstellung gipfelt in der Feststellung, daß dieser Weg der Streitkräfte und der politischen Parteien zu einem Sozialismus führen müsse, der patriotisch und sozialistisch ist, aber nicht die Volkerei-

heit angreift. Concalves: Jetzt ist Portugal das freieste Land der Welt. Die Streitkräfte seien entschlossen, das weiter durchzuhalten.

Bei meiner Frage, sich doch einmal klar zu äußern, ob unter Freiheit eine pluralistische Demokratie verstanden werde oder nicht, schien er die Ruhe fast zu verlieren. Gerade von der "Pluralität" hänge ihm zum Hals heraus, hören wir. Es sei doch klar, daß die Militäre Demokraten seien. Auf das Wort portugiesischer Offiziere könne man sich verlassen. Sie seien Ehrenmänner, sie hätten immer ihr Wort gehalten und wollten dies auch künftig. Die Offiziere seien an einer starken sozialistischen Partei interessiert, aber auch an einer starken kommunistischen Partei. Nur so könne das Land für den Sozialismus gewonnen werden, meint der Regierungschef.

Meine Antwort: Die Stärke der Parteien werde in einer Demokratie nur vom Volk gemessen, also in freien Wahlen. Und um klarzumachen, daß nur dieses plurale System die Solidarität der Völker in der Europäischen Gemeinschaft finden könne, seien wir nach Portugal gekommen, muß ich das un-
zweideutig klarstellen. Concalves Antwort: Es gibt nicht nur Hilfe im Westen. Polen habe z.B. Schiffbauaufträge für rund 800 Millionen DM ins Land gebracht, ohne politische Konditionen.

Ich notiere nach diesem Gespräch:

Der Ausgang in Portugal ist noch keineswegs entschieden. Es handelt sich um einen prozessualen Vorgang, in dem starke Gegner miteinander ringen. Jeder Vorteil kann von entscheidender Bedeutung sein. Das Wählerreservoir der PSP reicht zurzeit bis weit hinein in bürgerliche Kreise der katholischen Kirche. Es wird entscheidend darauf ankommen, ob es gelingt, aus der verfassungsgebenden Versammlung mehr zu machen als einen Treffpunkt auf Nebengleisen abgestellter Parlamentarier. Und es wird entscheidend darauf ankommen, ob unsere Freunde ihre Gespräche mit den Militärs, wenigstens mit wichtigen Teilen davon, vorwärts bringen und absichern können. "Republica" ist eine Warnung.

Entscheidend wird sein, daß Europa hilft, und zwar schnell hilft, denn es darf nicht so sein, daß wirtschaftliche Sorgen wieder die Diktatur ins Land bringen. Konkrete Hilfe könnte zunächst auch sein, daß wieder Touristen ins Land kommen. Die Strände, die Hotels sind zurzeit weithin leer, und das führt dazu, daß die lebenswichtigen Devisen noch mehr fehlen. Auch das ist kritisch in einem Land, dessen Sozialprodukt nur die Hälfte Griechenlands ausmacht.
(-/19.6.1975/bgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller